



Bad Schwalbach, den 19.02.2019

## Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung
Sitzungsnummer	18/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 19. Februar 2019
Sitzungsbeginn	16:03 Uhr
Sitzungsende	17:28 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

### Teilnehmer:

#### Vorsitzender

Herr Paul Weimann	
-------------------	--

#### Stellv. Vorsitzende

Herr Roland Hoffmann	
----------------------	--

#### Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

#### Mitglied

Frau Inga Rossow	
Frau Wendy Penk	
Herr Günter Heckel	
Herr Christian Kessner	
Herr Volker Mosler	
Frau Annette Reineke-Westphal	
Herr Udo Scheliga	
Herr Harald Schmelzeisen	
Herr Winfried Steinmacher	

#### Dezernent

Herr Günter F. Döring	
Herr Karl Ottes	



**TOP 3. DS X/840 Einführung des Systems „Mobile Retter e.V.“ in den Leitstellen des Rheingau-Taunus-Kreises  
Ergänzungsantrag der AFD Fraktion zur Vorlage X/625, KT - Sitzung 08.05.18 (13/2018)**

Die Mitteilungsvorlage X/840 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 4. DS X/841 Antrag der CDU – Fraktion Nr. 42/18 vom 02.10.2018 betr. Unterstützung der Notfallseelsorge im Rheingau-Taunus-Kreis**

Die Mitteilungsvorlage X/841 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 5. DS X/863 K 748, Reinborn-Niederems, Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen aufgrund der Abstufung der K 748 zur Gemeindestraße**

Der Beschlussvorlage X/863 wird ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die unentgeltliche Übertragung des Eigentums an der K 748 von Netzknoten 5716 020, Str.km 0,00 bis Netzknoten 5716 021, Str.km 1,286 an die Gemeinde Waldems-Esch.

Der damit verbundene Verlust aus dem Abgang des Anlagevermögens in Höhe von 862.000 € wird gem. § 100 Abs. 1 HGO außerplanmäßig im Haushaltsjahr 2018 bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge aus der Auflösung des Sonderpostens für diese Maßnahme von 492.800 € und Wenigeraufwendungen bei der LWV-Umlage von 369.200 €.

**TOP 6. DS X/869 Reaktivierung Aartalbahn;  
hier: Berichts Antrag Nr. 01/09 der LINKEN-Fraktion vom  
03.01.2019**

Der Berichts Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 3. Januar 2019 wird ohne Aussprache einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, wie schnell und zu welchen Bedingungen die Aartalbahn zwischen Bad Schwalbach und Wiesbaden reaktiviert werden kann.

**TOP 7. DS X/872 Änderungen bei Bündelausschreibungen des RTV; hier: Berichts Antrag Nr. 03/19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
16.01.2019**

Abg. Reineke-Westphal erläutert den Berichts Antrag vom 16. Januar 2019. Sie empfiehlt, bei der Gestaltung der Ausschreibungen zu berücksichtigen, dass auch kleinere Unternehmen zum Zuge kommen können, in denen eine engere Bindung zum Personal besteht. Durch die engere Personalbindung können möglicherweise die Unzufriedenheit der Fahrer und damit einhergehende hohe Krankenstände vermieden werden.

Der Berichts Antrag wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss wird um Bericht gebeten:

1. Was kann in den künftigen Bündelausschreibungen des RTV geändert werden, um den Problemen mit Ausfällen und Verspätungen wirksamer zu begegnen?
2. Wie kann man verstärkt regionale, kleinere Unternehmen, die eine stärkere Fahrerbindung haben, im Wettbewerb fördern?
3. Ist es möglich wieder „Kleinstlose“ auszuschreiben?
4. Müssen die Busunternehmen Sicherheiten wie z.B. eine Vertragserfüllungsbürgschaft stellen?
5. Können den Unternehmen höhere Tarife für die Fahrer - über den Hessianer Tarif hinaus - verbindlich vorgegeben werden, damit die Fahrerbindung besser wird und der Ausfallquote entgegengewirkt wird?

**TOP 8. DS X/888 Barrierefreier Busverkehr; hier: Berichts Antrag Nr. 05/19 der SPD-Fraktion vom 25.01.2019**

Der Berichts Antrag der SPD-Fraktion vom 25. Januar 2019 wird ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss wird gebeten, zu dem Sachstand des barrierefreien Umbaus der Haltestellen im Kreisgebiet zu berichten. Wir bitten u.a. um Information darüber, wie viele Bushaltestellen es im Kreisgebiet gibt und ob die im RTK von der RTV beauftragten Busunternehmen Fahrzeuge einsetzen, die den technischen Vorgaben barrierefreier Haltestellen entsprechen (Anfahrt) sowie um Auskunft darüber, welche Förderungen es nach dem GVFG oder anderen Gesetzen gibt.

**TOP 9. DS X/889 ÖPNV On Digital Demand; hier: Berichts Antrag Nr. 06/19 der SPD-Fraktion vom 25.01.2019**

Der Berichts Antrag der SPD-Fraktion vom 25. Januar 2019 wird ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss wird gebeten, die RTV zu Rufbussystemen on Digital Demand einen Bericht vorzulegen.

In ihm soll dargestellt werden,

- welche Systeme es im ländlichen Raum gibt
- wo sie im Wirkbetrieb gefahren werden
- wie sie organisiert sind
- welche Kosten sie verursachen
- ob sie für den RTK geeignet sind und wenn ja, welche Schritte zu ihrer Einführung gegangen werden müssen.

**TOP 10. DS X/864 Citybahn: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit den Städten Taunusstein und Bad Schwalbach, Streckenverlängerung bis Bad Schwalbach Schmidtbergplatz**

Abg. Hoffmann weist darauf hin, dass aus seiner Sicht die Citybahn und somit auch die beabsichtigte Verlängerung der Trasse in Bad Schwalbach vom Bahnhof zum Schmidtbergplatz unwirtschaftlich und nicht zweckmäßig ist.

Abg. Pörtner regt an, die von den Gemeinden erhobenen Einwohnerzahlen den öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zugrunde zu legen. Sie weichen von den verwendeten Zahlen des Statistischen Landesamtes ab. Landrat Kilian und KB Döring führen daraufhin aus, dass die verwendeten Daten des Statistischen Landesamtes sowohl für den Kreis als auch für die Städte Bad Schwalbach und Taunusstein eine gleichermaßen belastbare Grundlage bilden.

Der Beschlussvorschlag wird sodann zu Abstimmung gestellt und mehrheitlich bei drei Gegenstimmen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

**Beschluss:**

1. Dem Abschluss der anliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen (siehe Anlage 1) mit den Städten Taunusstein und Bad Schwalbach über die Aufteilung der Planungs- und sonstigen Kosten der Citybahn wird zugestimmt.
2. Der Streckenverlängerung der Citybahn von Bad Schwalbach Bahnhof bis Schmidtbergplatz wird zugestimmt.

**TOP 11. DS X/873 Gutachten zur sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung im Rheingau-Taunus-Kreis**

Ausschussvorsitzender Weimann erläutert, dass der JUBIS dem Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 14. Februar 2019 einen Punkt 6 hinzugefügt hat: Zum Versorgungsgutachten sind die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden einzuholen.

Darüber hinaus hat die Fraktion DIE LINKE am 22. Februar 2019 einen Änderungsantrag gestellt, der diesem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt ist. Abg. Pörtner erläutert dazu, dass er langfristig Bedarf für einen Gesundheitskoordinator sieht und der Gesundheitskoordinator deshalb unbefristet eingestellt werden sollte.

Zunächst wird über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abgestimmt. Dieser wird bei einer Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Dann wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der Ergänzung durch den JUBIS abgestimmt. Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

1. Das als Anlage beigefügte sektorenübergreifende Gutachten zur Gesundheitsversorgung im Rheingau-Taunus-Kreis (Versorgungsgutachten) vom 21. Dezember 2018 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die im Gutachten empfohlene Maßnahme, die Etablierung eines Gesundheitskoordinators im Fachdienst Gesundheitsverwaltung, einen Antrag auf Förderung nach der Landesrichtlinie „Bildung regionaler Gesundheitsnetze“ zu stellen.
3. Falls der Antrag auf Förderung positiv beschieden wird, wird der Kreisausschuss beauftragt, einen Gesundheitskoordinator für den Zeitraum der zugesagten Förderung einzustellen, wenn der jährliche Eigenanteil des Rheingau-Taunus-Kreises unter 50.000 € liegt.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Einsatz für den Erlass einer Rechtsverordnung zur Auszahlung des Sicherstellungszuschlags für das St. Josefs-Hospital in Rüdesheim erfolgreich gewesen ist.
5. Die Krankenhausaufsicht des Landes Hessen wird aufgefordert, die bestimmungsgemäße Vorhaltung der Intensivkapazitäten an der Helios-Klinik Idstein zu prüfen.
6. Zum Versorgungsgutachten sind die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden einzuholen.

**TOP 12. DS X/884 Resolution Beseitigung Bahnübergang B 42 in Rüdesheim**

Der Tagesordnungspunkt 12 wird gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 15 beraten. Der Tagesordnungspunkt 12 umfasst damit die von der Verwaltung vorgelegte Resolution, den Antrag der SPD-Fraktion vom 25. Januar 2019 zur Beseitigung des Bahnübergangs noch vor der BUGA 2029 und den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion vom 6. Februar 2019. Der Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion ist diesem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Abg. Penk stellt den Antrag der SPD-Fraktion bis zur Kreistagssitzung am 22. Februar 2019 zurück. Auch Abg. Hoffmann erklärt, dass er seinen Ergänzungsantrag bis zur Kreistagssitzung zurückstellt.

KB Ottes erläutert die Resolution. Ministerpräsident Bouffier hat gegenüber der Landtagsabgeordneten Müller-Klepper zugesagt, dass er sich dafür einsetzt, dass der Bahnübergang in Rüdesheim bis zur BUGA 2029 beseitigt ist. Sollte der Bahnübergang 2029 noch bestehen, sieht KB Ottes den Erfolg der Bundesgartenschau in Gefahr.

Hessen Mobil berichtet der Stadt Rüdesheim halbjährlich über den Planungsstand. Abg. Mosler regt an, dass beim nächsten Gespräch mit Hessen Mobil am 25. Mai 2019, um 10:00 Uhr auch die Kreisebene vertreten sein soll. KB Ottes und Landrat Kilian sagen zu, den Termin zu koordinieren.

An der Aussprache zur Resolution der Verwaltung beteiligen sich die Abg. Rossow, Schmelzeisen, Hoffmann und Mosler.

Die Resolution wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

#### **Beschluss:**

1. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises schließt sich den Initiativen aus den Städten Rüdesheim und Lorch an und bittet Herrn Ministerpräsidenten Volker Bouffier und Herrn Bundesminister Andreas Scheuer, sich dafür einzusetzen, dass die Beseitigung des Bahnübergangs an der B 42 bis zum Beginn des Jahres 2029 abgeschlossen ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die als Anlage beigefügte Resolution an Herrn Ministerpräsidenten Volker Bouffier und an Herrn Bundesminister Andreas Scheuer zu versenden.

**TOP 13. DS X/881 Citybahn als neugebaute Schmalspurstraßenbahn im Aartal; hier: Antrag Nr. 01/19 des fraktionslosen Abg. Klein vom 23.01.2019, eingegangen am 24.01.2019**

Der Antrag des Abg. Klein vom 24. Januar 2019 wird ohne Aussprache bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

**TOP 14. DS X/882 Verlängerung Regionalbahn 90; hier: Antrag Nr. 02/19 des fraktionslosen Abg. Klein vom 23.01.2019, eingegangen am 24.01.2019**

Der Antrag des Abgeordneten Klein vom 24. Januar 2019 wird ohne Aussprache bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

**TOP 15. DS X/886 Bahnübergang in Rüdesheim noch vor der BUGA 2029 beseitigen; hier: Antrag Nr. 03/19 der SPD-Fraktion vom 25.01.2019**

Der Tagesordnungspunkt 15 wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 12 behandelt.

**TOP 16. DS X/887 App-Verfügbarkeit von Fahrplandaten; hier: Antrag Nr. 04/19 der SPD-Fraktion vom 23.01.2019**

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 23. Januar 2019 wird ohne Aussprache bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss wird gebeten, bei der RTV und dem RMV kurzfristig darauf hinzuwirken, dass die Haltestellen- und Fahrplandaten des öffentlichen Nahverkehrs als Open Data bereitgestellt und an einschlägige Dienste wie Google Maps, Apple Maps, Here WeGo u.a. übertragen werden.

**TOP 17. DS X/895 Einführung eines neuen Sammelsystems für Leichtverpackungen für die Kommunen des Kreisteils Untertaunus**

Landrat Kilian und KB Ottes erläutern die Beschlussvorlage. Dabei wird darauf hingewiesen, dass der Beschlussvorschlag, die Gelbe Tonne einzuführen, zunächst nur für den Untertaunus gilt. Für den Rheingau wird erst im Laufe der Woche ein Beschlussvorschlag erarbeitet.

KB Ottes, die Abg. Rossow, Reineke-Westphal, Schmelzeisen sowie Herr Petri (Kaufm. Betriebsleitung EAW) bedauern, dass die Verhandlungen mit dem Ziel, eine Wahlmöglichkeit zwischen Gelber Tonne und Gelbem Sack herzustellen, an den Systembetreibern der Dualen Systeme gescheitert sind.

Die Abg. Hoffmann, Pörtner und Reinecke-Westphal regen an, dass den Bewohnern des Untertaunus neben den 240 l Tonnen auch 120 l Tonnen als kleinere Behältnisse zur Verfügung gestellt werden.

Der Beschlussvorschlag wird dann zur Abstimmung gestellt. Dem Beschlussvorschlag wird bei vier Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

## **Beschluss:**

Die Betriebsleitung des Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Rheingau-Taunus-Kreis wird beauftragt, sich mit den Dualen Systemen über die Sammlung der Leichtverpackungsabfälle im Kreisteil Untertaunus ab dem 1. Januar 2020 in *Gelben Tonnen* mit 14-täglichen Sammelrhythmus zu verständigen. Sollten die Dualen Systeme der Umstellung von gelbem Sack auf Gelbe Tonne widersprechen, ist die Umstellung des Systems durch Erlass einer Rahmenvorgabe vorzugeben.

Die Dringlichkeit ist gegeben, da die Ausschreibung bereits im März 2019 von den Dualen Systembetreibern durchgeführt wird.

### **TOP 18. DS Verschiedenes**

Dem Ausschussvorsitzenden Weimann liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 17. Februar 2019 zur Entlastung des Mittelrheintals von Lärm vor. Über diesen Dringlichkeitsantrag wird im Kreistag am 22. Februar 2019 zu beraten sein.

Abg. Hoffmann fragt an, wann die Beschlussfassung über den Regionalteilplan Erneuerbare Energien in der Regionalversammlung zu erwarten sei. Landrat Kilian führt dazu aus, dass er sich gemeinsam mit den Landräten aus dem Odenwaldkreis und dem Main-Kinzig-Kreis an Herrn Ministerpräsidenten Bouffier und Herrn Staatsminister Al-Wazir gewandt hat, weil in den genannten drei Landkreisen überproportional viele Vorrangflächen für die Windenergienutzung liegen sollen. Durch diese Häufung sieht Landrat Kilian die Akzeptanz von Windkraftanlagen gefährdet.

Abg. Schmelzeisen, der Mitglied der Regionalversammlung ist, erläutert, dass die Beschlussfassung noch nicht terminiert ist, da derzeit noch verschiedene Varianten vom Regierungspräsidium geprüft werden, so z.B. umstrittene Flächen im Teilplan als „Weißflächen“ darzustellen.

Der Ausschussvorsitzende Weimann dankt allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:28 Uhr.

Bad Schwalbach, 19. Februar 2019

.....  
(Paul Weimann)  
Ausschussvorsitzender

.....  
(Yvonne Grein)  
Schriftführerin